

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind und zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt, den **Antrag Drucksache 17/8586** in den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu **überweisen**. Dort soll dann in öffentlicher Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Findet das die Zustimmung des Hohen Hauses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisung fest.

Wir kommen damit zu:

9 Kosten und Nutzen von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 9
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3753

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/4634

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Loose das Wort. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die deutsche Energiewende ist gescheitert, und dafür gibt es gute Gründe.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Bau von Windindustrieanlagen und PV-Anlagen funktioniert nur, solange Subventionen fließen. Die EEG-Betreiber und -Produzenten brauchen das Geld wie ein Süchtiger seine Drogen.

Doch Drogen berauschen die Menschen und lassen manchmal Märchenwelten entstehen, Märchen davon, dass der Wind keine Rechnung schickt und Windindustrieanlagen die Stromversorgung sichern können. Doch das Ergebnis unserer Großen Anfrage belegt das Gegenteil.

Alle Windindustrieanlagen in NRW haben eine installierte Leistung von lediglich knapp 5 GW, also rein rechnerisch so viel wie fünf Großkraftwerke.

Doch diese Windindustrieanlagen sind nicht in der Lage, nur ein einziges dieser Großkraftwerke wirklich zu ersetzen, denn nicht die installierte Leistung ist

entscheidend, sondern die tatsächlich erzeugte Leistung, und hier erkennt man, dass die tatsächlich erzeugte Leistung im Durchschnitt bei nur 21 % lag.

Das heißt, im Schnitt standen die Windindustrieanlagen an vier von fünf Tagen still, und nur an einem Tag brachten sie die volle Leistung. Das bedeutet, am Montag kann Ihr Unternehmen produzieren, und von Dienstag bis Freitag schicken Sie Ihre Mitarbeiter nach Hause, denn es ist kein Strom da.

Meine Damen und Herren, der Normalzustand von Windindustrieanlagen ist der Stillstand. Bezahlt wird das alles von den fleißigen Bürgern in Deutschland, die uns am Laufen halten – der Verkäuferin bei REWE, dem Mitarbeiter bei Ford, der Altenpflegekraft –, damit sich Leute wie der Gründer von Enercon, Aloys Wobben, dumm und dämlich verdienen können.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Oh, oh, oh!)

Dieser Mann ist inzwischen Multimilliardär.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach was!)

Aber nicht nur hohe Kosten sind ein Problem; es besteht zudem ein enormes Risiko, wenn der Wind nicht weht. Beispielsweise konnten alle Windindustrieanlagen in Deutschland am 24. Januar 2017 nicht einmal 1 GW an Stromleistung erzeugen, obwohl die installierte Leistung aller Windindustrieanlagen in Deutschland zu diesem Zeitpunkt bei 50 GW lag. 50 GW waren installiert, und nicht einmal 1 GW Leistung wurde erbracht.

Das bedeutet, dass die ganze Zeit Back-up-Kraftwerke vorgehalten werden müssen, die dann hochgefahren werden, wenn der Wind nicht weht. Den Rest des Jahres stehen diese Kraftwerke – egal ob Kohle- oder Gaskraftwerke – im Stand-by-Modus. Das heißt, die Betriebsmannschaft muss ständig verfügbar sein, egal ob das Kraftwerk läuft oder nicht.

Dieser Stand-by-Modus kostet wieder – natürlich nicht den Windkraftbetreiber, denn der erhält über einen Zeitraum von 20 Jahren eine garantierte Einspeisevergütung. Bezahlt wird das wieder von den Fleißigen in Deutschland.

Auch Natur und Menschen leiden unter den Windkraftanlagen. Neue, getriebelose Windindustrieanlagen benötigen Neodym, das hauptsächlich in China unter schlimmsten Bedingungen gewonnen wird. Dort gelangen beim Abbau Giftstoffe in das Grundwasser, und in den Minen sterben regelmäßig Menschen. Ein BBC-Reporter, der eine solche Mine besichtigt hatte, sprach von der „Hölle auf Erden“.

Die Windindustrieanlagen töten aber auch Hunderttausende von Flugtieren,

(Zuruf: Genau!)

darunter Greifvögel wie den Rotmilan und bedrohte Fledermäuse.

Die Menschen sind durch Infraschall, Schattenwurf und Blinklichter betroffen. Kopfschmerzen und Schwindelgefühl sind nur einige der Folgen.

Niemand kann sicher voraussagen, was mit dem Müll der Windräder passiert, wenn diese aus der Förderung fallen und nicht mehr wirtschaftlich sind.

Was passiert mit den Rotorblättern, die aus Glasfaserkunststoffen bestehen? – Inzwischen ist bekannt, dass diese Fasern lungengängig sein können – ähnlich wie Asbest. Hier besteht ein enormes Abfallproblem.

Was passiert mit dem Fundament? – Das sind Tausende Tonnen von Beton, die aus der Erde geholt werden müssen. Die Landesregierung spricht von 2.000 t pro Windrad – so viel wie 2.000 Kleinwagen. Verbleibt der Beton in der Erde, wird die Fläche dauerhaft versiegelt, Wasserwege werden abgesperrt, es entstehen Hitzeinseln, wie wir das aus den Städten kennen.

Doch die Landesregierung weiß noch nicht mal, wie teuer der Rückbau der Betonflächen ist. Dazu gibt es keine Aussage. Was passiert, wenn der Betreiber pleitegeht? Wer zahlt dann für den Rückbau? – Vermutlich wieder einmal der Steuerzahler, das heißt die Fleißigen in Deutschland.

(Zuruf)

Obwohl bereits zahlreiche Windräder brannten, fordert die Landesregierung weder ein Störfallregister noch überhaupt eine TÜV-Pflicht für Windindustrieanlagen. Der Bürger, der in der Nähe wohnt, wird im Stich gelassen.

Wir stehen aber an der Seite der Bürger, die sich eine sichere Energieversorgung wünschen – ohne Windindustrieanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Dr. Untrieser das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf meine Rede mit einem Dank an den Minister und vor allem auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses beginnen, die diese Anfrage beantwortet haben. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage, um einmal mehr über dieses Thema zu reden.

Als zweiten Punkt möchte ich gegenüber Herrn Loose meine Verwunderung darüber ausdrücken, warum wir diese Anfrage zu diesem Zeitpunkt behandeln, denn Sie haben schon im Dezember 2018 eine

Antwort aus dem Ministerium auf Ihre Große Anfrage bekommen.

Ich frage mich, warum wir 14 Monate später über dieses Thema reden. Mir kommt das ein bisschen so vor, als hätten Sie auf einen guten Zeitpunkt gewartet, an dem es passt und an dem Sie es reinspielen können.

Dieser Zeitpunkt, dieser Anlass kam anscheinend nie. Jetzt, wo die Anfrage schon älter als ein Jahr ist, bringen Sie es noch mal, weil es sonst überhaupt keinen Sinn mehr gehabt hätte.

In Ihrer Rede steht ein Versatzstück nach dem anderen. Es sind die ganz alten Argumente, die eigentlich keine Argumente und schon längst abgeräumt worden sind. Ich werde wahrscheinlich gar nicht genug Redezeit haben, um das alles auszuschöpfen, aber ich fange mal mit ein paar Themen an.

Zum Thema „Versorgungssicherheit“: Sie sagen wieder, mit Windkraft und Erneuerbaren generell können wir keine Versorgungssicherheit gewährleisten.

Das ist völlig bekannt, es ist uns allen bekannt, dass Wind nicht zu jeder Zeit weht und dass eine Windkraftanlage deswegen nur eine bestimmte Zeit des Tages oder des Jahres – wie Sie wollen – Strom produziert. Aber es ist doch nicht der Kern des Problems, dass wir deswegen keine sichere Stromversorgung gewährleisten können.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Doch, das ist das Problem!)

42 % des Stroms in Deutschland kommen mittlerweile aus erneuerbaren Energien.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Stromversorgung ist genauso sicher wie vor 10 oder vor 20 Jahren. Hier haben wir ganz gute Erfolge gehabt.

(Beifall – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir werden es auch weiterhin schaffen. Das Ziel ist ja, im Jahr 2030 auf 65 % zu kommen; auch da bin ich mir sicher.

Wir haben die Versorgungssicherheit immer im Blick. Wir werden es mit einem System, das immer mehr auf erneuerbaren Energien basiert, schaffen, die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Im Übrigen machen das nicht nur die Deutschen, sondern alle möglichen Länder in Europa und in der Welt setzen immer mehr auf erneuerbare Energien und haben auch die Versorgungssicherheit im Blick, weil die Industrie diese sichere Stromversorgung haben muss.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Untrieser, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Dr. Blex.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ja.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Dr. Untrieser, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben behauptet, die Versorgungslage wäre genauso sicher wie vor zehn Jahren. Sie wissen,

(Dietmar Bell [SPD]: Frage!)

dass über die Netzentgelte die Versorgungssicherheit bezahlt und finanziert wird.

(Dietmar Bell [SPD]: Frage!)

Jetzt zur Frage: Wieso explodieren denn gerade die Netzentgeltkosten? Woran liegt denn das, wenn sich doch nichts ändert und alles genauso ist wie früher? Wieso muss der Bürger mittlerweile fast schon genauso viel für die Netzentgelte zahlen wie für die EEG-Direktsubventionen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, dass Sie auch den Weg zur Frage gefunden haben. – Herr Dr. Untrieser, Sie haben das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Blex, ich habe die Frage nicht verstanden, weil Sie jetzt wieder zwei Dinge total durcheinandergeworfen haben, zwei Dinge, die wir natürlich besprechen.

Das eine ist die Höhe der Kosten für die Netzentgelte, aber es ging doch um Versorgungssicherheit. Damit hat die Höhe der Netzentgelte nichts zu tun.

Versorgungssicherheit wird von der Bundesnetzagentur in Deutschland kontrolliert. Da gibt es den SAIDI-Wert, der bemisst, wie viele Unterbrechungen wir im Netz haben. Nach diesem Wert ist die Aussage richtig, dass die Stromversorgung in Deutschland genauso sicher oder zum Teil sogar sicherer ist als vor 5, 10 oder 15 Jahren. Deswegen ist die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet.

Herr Loose, Sie haben auch gesagt, dass die Kosten viel zu hoch sind. Herr Loose, die CDU hat auch immer gesagt: Wir brauchen ein wettbewerbsfähigeres Fördersystem bei erneuerbaren Energien. Das haben wir mit den Ausschreibungsverfahren jetzt eingespielt. Die Kosten sind für Anlagen aus erneuerbaren Energien gesunken.

Natürlich zahlen wir auch noch eine ganze Menge an EEG-Umlage, aber auch das ist ja eine notwendige Investition, um unsere Gesellschaft, unsere Energieversorgung umzubauen.

Ich glaube, das ist auch eine ökonomisch langfristig sinnvolle Investition, denn wenn Sie das nicht so sehen, müssen Sie ja davon ausgehen, dass wir andere Energieträger – das heißt Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke – länger aufrechterhalten.

Dass das ganz ohne Kosten vonstattengehen wird, wird keiner vertreten, der sich mit der ganzen Thematik auskennt.

Ich habe jetzt wieder das Argument gehört, Vögel werden

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– den Begriff haben Sie jetzt nicht genutzt – in Mitleidenschaft gezogen. Selbstverständlich ist es so, dass an einer Windkraftanlage ab und zu ein Vogel zu Schaden kommt. Das ist völlig klar. Aber wenn Sie immer mit dieser Vehemenz sagen, deswegen dürfe man keine Windkraftanlage mehr errichten, dann dürften Sie kein einziges Gebäude, keine Brücke, kein Hochhaus errichten. Sie dürften kein einziges Fenster haben,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

weil nachweislich die meisten Vögel – leider – vor Fensterscheiben, vor Glasflächen fliegen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist entscheidend!)

Da müssen Sie mal konsequent sein. Ein kleines Argument bringen Sie wieder in einen großen Zusammenhang, und das hat damit überhaupt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, wir wollen aus der Atomkraft und danach aus der Kohle aussteigen. Deswegen ist Windenergie ein ganz wichtiges Standbein bei der Energiewende. Wir werden deswegen in Nordrhein-Westfalen nicht nur Windkraft, sondern vor allem auch Photovoltaik, Geothermie und Biomasse weiter ausbauen, weil wir diesen Weg für richtig halten, weil wir weg von Atom und von Kohle wollen. Wir wollen ein Zeitalter der regenerativen Energien. Ich glaube, da sind wir in Nordrhein-Westfalen auf ganz gutem Weg.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Glauben Sie!)

Natürlich sind deutschlandweit die Ausbautzahlen im Moment nicht zufriedenstellend, aber vermutlich wird der Minister es gleich noch mal ausführen. Im letzten Jahr war Nordrhein-Westfalen auf Platz drei der Bundesländer, was den Zubau an Windenergie angeht. Uns ist aber auch wichtig, dass wir das mit Akzeptanz machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben in den letzten Jahren sehr starken Zubau erlebt. Ich kann jeden Bürger verstehen, der sagt: Na ja, bei mir in der Region ist es vielleicht ein bisschen zu viel geworden.

Es ist immer ein Eingriff in das Landschaftsbild. Deswegen ist es wichtig, dass wir zu einem Prozess kommen, bei dem wir die Bürger mitnehmen, bei dem wir nicht alles zuordnen, sondern man sagt: Das ist der Beitrag, den jede Region bei der Energiewende übernehmen kann. Da haben wir jetzt richtige Instrumente gefunden. Es wäre gut, wenn wir da zu einer guten Lösung kommen, dass wir die Energieversorgung in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen sicher gewährleisten, und zwar mit Akzeptanz. – Danke.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Sie haben gesehen, dass es eine angemeldete Kurzintervention der Fraktion der AfD von Herrn Abgeordneten Loose gibt, der jetzt für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort erhält. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Untrieser! Sie kommen immer mit den Märchen, dass es nicht mehr Blackouts gibt. Dabei werden die Blackouts erst ab mehreren Minuten gemessen. Für die Industrie sind aber auch schon Sekunden-Blackouts entscheidend, wenn dann die Maschinen kaputtgehen.

Die Aluminiumindustrie hat sich beschwert – Hydro Aluminium war auch mehrfach im Landtag –, dass ihnen allein im Jahr 2018 78-mal der Saft abgedreht wurde. MITNETZ hat inzwischen Rekordmeldungen bekanntgegeben: zu viel Wind. MITNETZ greift 357-mal ins Stromnetz ein.

Diese ganzen Netzeingriffe sind, obwohl entsprechend den Energiebetreibern von den Windkraftanlagen immer noch das Geld, bezahlt wird, extrem teuer, weil es bezahlt wird. Das müssen die Bürger über Netzentgelte bezahlen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie waren doch dran! Warum reden Sie schon wieder?)

Deswegen sind die von wenigen Millionen inzwischen auf über eine Milliarde gestiegen.

Greifvögel werden – die vermehren sich im Gegensatz zu Singvögeln sehr langsam – in Brandenburg inzwischen jährlich mehr getötet als dort „nachwachsen“. Die Greifvögel fliegen auch nicht ständig vor irgendwelche Gebäude. Auch Katzen töten keine Greifvögel. Es wird wahrscheinlich eher umgekehrt der Fall sein.

Das noch mal für Sie als Information. Vielleicht hilft es ja irgendwann bei Ihnen. – Danke.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Untrieser! Sie haben 90 Sekunden Redezeit.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Loose, es wird immer abenteuerlicher. Jetzt erzählen Sie mir, dass es Unternehmen gibt, deren Maschinen kaputtgegangen sind. Nennen Sie bitte mal das Unternehmen, bei dem die Maschinen kaputtgegangen sind, weil sie nicht mehr genug Strom hatten. Sie werden kein Unternehmen finden, bei dem das passiert ist. Wir hätten es auch schon herausgefunden, wenn es so gewesen wäre.

Das ist wieder so eine Übertreibung, die Sie absichtlich hier hineinbringen. Es gibt kein Unternehmen, wo Maschinen kaputtgegangen sind, weil die Stromversorgung nicht gewährleistet ist.

Das Zweite, das Sie wieder hineingebracht haben, dass es Unternehmen gibt, die ihre Maschinen herunterfahren, weil zu einer gewissen Zeit nicht genug Strom im Netz ist. Das ist vollkommen richtig. Das ist aber ein Verfahren, woran diese Unternehmen freiwillig teilnehmen. Es ist eine abschaltbare Lastenverordung. So funktioniert das. Diese Unternehmen können daran teilnehmen, um das Stromnetz zu stabilisieren. Sie bekommen sogar Geld dafür. Wenn ein Unternehmen das nicht möchte, muss es nicht daran teilnehmen.

Sie werfen immer alle möglichen Dinge durcheinander und versuchen, das Gesamtsystem durcheinanderzubringen.

Dass wir unser Industrieland umbauen wollen von einer gewissen Art der Stromversorgung auf eine Stromversorgung, die ausschließlich auf erneuerbaren Energien basiert, ist kein leichter Weg; das sind Herausforderungen.

Aber Sie versuchen immer, jede Herausforderung und jede kleine Schwierigkeit so groß zu machen, dass alles nicht funktioniert. Es wird Ihnen aber nicht gelingen. Wir werden dafür sorgen, dass wir das Energiesystem vernünftig umbauen, weil uns Klimaschutz wichtig ist, weil uns Versorgungssicherheit wichtig ist, und weil uns unsere Industriearbeitsplätze auch sehr wichtig sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Stinka das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Respekt, wie der so seriös antworten kann!)

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Plenartag gibt noch mal Aufschluss über den Irrsinn, den die AfD im Bereich der Energiepolitik hier deutlich macht.

Wir haben vorhin über Endlagersuche gesprochen. Herr Loose steht hier und wirbt im Grunde für einen Reaktor in Russland, und zwei Tagesordnungspunkte später beschwert er sich darüber, dass beim Neodym radioaktive Abfälle anfallen können.

Wenn jemand hier so einen Unsinn und so ein Durcheinander redet und die Akzeptanz mit Füßen tritt, dann entlarvt sich die AfD mit ihrer Energiepolitik, die keine ist, Herr Loose.

(Beifall von der SPD)

Sie reden noch vor 20 Minuten ganz anders, als Sie es jetzt tun. Es ist zum Glück nachlesbar, welchen Irrweg wir heute Morgen von Ihnen im Bereich der Energieversorgung gehört haben.

Ich will für die SPD-Fraktion zusagen, dass wir zum Ausbau von Windkraft stehen, weil bei uns der Strom nicht aus der Steckdose kommt, sondern wir den Menschen klar sagen müssen, wie die alternative Energie aussieht, wenn wir uns auf den Weg machen können.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Da gibt es kein Wackeln und kein Rütteln; das ist ein Weg, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa damit umgehen.

Nur mal den Blick nach England gerichtet, Herr Loose. Dort wird eine enorme Menge an Geld in Offshore-Anlagen investiert. Es sind nicht nur wir, die hier einen Irrweg beschreiten, sondern die gesamte Welt macht sich auf diesen Weg.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn die AfD mit ihrer rückwärtsgewandten Politik diesen Weg nicht mitgehen will, muss sie für sich bleiben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir wollen Richtung Zukunft, wir wollen Richtung Einstieg in einen Umbau, und den werden wir unbeirrt weiter beschreiten.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ob Sie dazwischen schreien oder nicht, das interessiert uns überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir über Windkraftanlagen reden – ich habe es gerade noch mal deutlich gemacht –, dann müssen wir feststellen, dass im Jahr 2019 der Ausbau deutlich zurückgegangen ist, fast zum Erliegen gekommen ist.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind nur 45 Anlagen ans Netz gegangen und haben den Betrieb aufgenommen. NRW ist hinter die Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen zurückgefallen.

Wir haben von Herrn Untrieser gerade noch einmal das Problem der Akzeptanz mitgeteilt bekommen. In der SPD-Fraktion sind wir anderer Auffassung. Die Akzeptanz in der Bevölkerung muss hergestellt sein. Sie wird aber von Ihnen immer als einziges Argument angeführt, warum man die Windkraft mit einem nicht rechtssicheren Erlass so blockiert, wie Sie es hier in der Landesregierung tun.

Nach einer Umfrage der Fachagentur Windenergie sind über 86 % der Befragten für den Ausbau der Windkraft. Die Menschen wissen, dass es diesen Umbau gibt. Ihr Erlass führt aber dazu, dass Investitionen zurückgehalten werden.

Er führt weiterhin dazu ... Das sagen wir ganz oft. Ich weiß, dass Sie es nicht mehr hören können. Dieses Thema ist für die Menschen aber wichtig. Denn in den Gemeinden besteht Rechtsunsicherheit. Deswegen bleiben wir dabei, dass die Akzeptanz alleine kein Argument sein kann.

Wir haben erst gestern wieder über Wasserstoff geredet. Ich habe in der Wirtschaftsausschusssitzung noch einmal deutlich gemacht, dass Sie in Bezug auf die Akzeptanz von Industrieanlagen – dazu zählt auch eine Windkraftanlage – und von Wasserstoff die Büchse der Pandora geöffnet haben, indem Sie einen nicht rechtssicheren Erlass ins Land gegeben haben.

Gleichzeitig wollen Sie aber – wie wir ja auch – in die Wasserstoffwirtschaft einsteigen. Ich frage mich, wie Sie bei den Bürgerinitiativen vor Ort, die dem Wasserstoff garantiert nicht immer positiv gegenüberstehen, dafür argumentieren wollen, zumal Sie auch wissen, dass die Abstände für viele andere Anlagen viel niedriger sind.

Deswegen sind wir deutlich bei Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung. Aber das muss dann an klaren Regeln festgemacht werden, die sich nicht nur auf die Windkraft beziehen, weil wir sonst auf dem Weg, den wir alle beschreiten wollen, um in Nordrhein-Westfalen in eine neue Energieversorgung einzusteigen, Schwierigkeiten bekommen. Bitte überdenken Sie hier Ihre Haltung, meine Damen und Herren.

Die Windenergie hat also grundsätzlich kein Akzeptanzproblem. Herr Rehbaum hat gestern in seiner Rede zum Thema „Wasserstoff“ gesagt, wir könnten ja nicht alle Kirmesplätze vollpflastern. Damit hat er natürlich recht. Aber nehmen Sie die Produktion dieser Energieform ernst, und reden Sie sie nicht klein. Denn sonst werden wir den Umbau nicht schaffen. In

der gestrigen Rede von Herrn Rehbaum war ja zufälligerweise kein einziges Wort von Photovoltaik zu hören. Ich dachte, das sei Ihre große Säule.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam, gerade vor dem Hintergrund der Beschlüsse der WSB-Kommission, diese große Frage anfassen. Lassen wir uns von denen dort drüben nicht beirren, sondern gemeinsam den Weg gehen, um die Windkraft auszubauen.

Wir müssen für Akzeptanz sorgen; das ist klar. Deswegen schlägt die SPD einen kommunalen Windbonus, günstige Stromtarife für Anliegerinnen und Anlieger, Bürgerenergie vor Ort und die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen vor.

Aber lassen Sie uns eines machen: Lassen Sie uns den Menschen die Wahrheit sagen. Es geht um den Einstieg in eine neue Zeit in vielen Energiebereichen. Das ist wichtig und muss von hier aus heute klar ausgesprochen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte an dieser Stelle als Erstes den Dank an das Ministerium und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, die die Große Anfrage beantwortet haben, und zwar in einer sehr schnellen Art und Weise, nämlich in gerade einmal drei Monaten. Das ist sehr zügig. Wir wissen ja, wie lange die Beantwortung Großer Anfragen sonst dauert – meist über ein halbes Jahr oder noch länger. Es mag natürlich auch an dem Tiefgang der Fragen gelegen haben, dass man hier doch zügiger vorgehen konnte.

Auf der anderen Seite muss ich Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Die Debatte zu einer Großen Anfrage hat ja normalerweise den Sinn, dass man, weil man durch die Fragestellungen und die Antworten mehr Sachargumente erhalten hat, diese dann auch hier diskutiert und weniger eine politische Debatte führt. Das ist aber heute bei dieser Großen Anfrage enorm schwierig. Denn – das ist bereits vom Kollegen Untrieser gesagt worden – diese Große Anfrage ist im September 2018 gestellt worden und im Dezember 2018, also vor 14 Monaten, beantwortet worden.

In der Großen Anfrage bezieht man sich auf einen McKinsey-Bericht, der im Frühjahr 2018 veröffentlicht wurde. Fast zum gleichen Zeitpunkt hat die Landesregierung den Windenergie-Erlass auf den Markt

gebracht. Zudem ist dieser McKinsey-Bericht ein nationaler Bericht, der noch nicht einmal auf die länderspezifischen Fragen eingeht.

Meine Damen und Herren, insofern halte ich es für äußerst schwierig, das an dieser Stelle zwei Jahre später noch zu bewerten. Seitdem hat es wirklich viele Änderungen gegeben. So hat die Landesregierung mit den Entfesselungspaketen IV und V einige Schritte unternommen. Wir haben das Landesplanungsgesetz geändert und den Landesentwicklungsplan modifiziert. Das ist alles in dieser Zeit erfolgt. Daher kann man auf dieser alten Basis heute eigentlich gar keine sachliche Debatte mehr führen.

Lassen Sie mich deshalb, meine Damen und Herren, hier auch politisch antworten. Das war wohl auch das eigentliche Ziel der AfD, als sie diese Beratung heute noch einmal auf den Tisch gebracht hat.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele erreicht. Deshalb wollen wir die Erneuerbaren in Nordrhein-Westfalen ausbauen. Wir gehen weitaus breiter daran heran, als es in der Vergangenheit der Fall war. Wir konzentrieren uns nicht nur auf einen Energieträger, sondern wollen das gesamte Portfolio der Erneuerbaren nutzen, damit Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag leisten kann. Dazu gehört auch die Windenergie. Wir werden dort, soweit die Akzeptanz gegeben ist, in geordneten Verhältnissen dafür sorgen, dass auch diese hier in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Einführung zu diesem Thema durch die AfD mussten wir uns hier wieder einmal fünf Minuten alternativen Fakten und Lügen anhören. Ich hatte wirklich das Gefühl, Sachen zu hören – neben denen, die komplett unwahr waren –, die man sich zuletzt in den 90er-Jahren über die erneuerbaren Energien erzählt hat. Damals sprach man von solchen Dingen wie Schattenkraftwerken und sagte, man müsse immer genauso viel Kraftwerksleistung haben, wie man erneuerbare Energien hat, und das bringe doch alles überhaupt nichts.

Das war eine Zeit, in der man noch ernsthaft behauptet hat, dass ein Anteil erneuerbarer Energien im Strommix von mehr als 4 % technisch nicht möglich sei. In genau diese Debatte passt das, was wir hier gerade von der AfD gehört haben.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Beim Lesen der Antwort auf die Große Anfrage der AfD hat mich schon gewundert, dass Sie diese überhaupt noch, auch wenn es jetzt 14 Monate später ist, hier diskutieren lassen wollen. Ich hatte erst den Eindruck, Sie wollten die ganze Antwort in der Versenkung verschwinden lassen. Schließlich ist diese Antwort der Landesregierung doch eher eine Blamage für die AfD. Sie zeigt nämlich, dass das von Ihnen intendierte Diffamieren der Windenergie überhaupt nicht gelingt. Deswegen mussten Sie heute diese Zeit in Anspruch nehmen, um hier Ihre Unwahrheiten zu verbreiten.

Ich möchte noch kurz ansprechen, an welchen Stellen die Landesregierung ganz klar gezeigt hat, dass es Ihnen von der AfD hier an Sachkenntnissen fehlt. Ihr eigentliches Ziel, beispielsweise die „Entlarvung“ – in Anführungszeichen – der angeblichen Bevorzugung von Windenergie, ist auch nicht erreicht worden. Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass es klare Regeln gibt, die für alle gelten, auch für Windenergieanlagen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin ...

Wibke Brems (GRÜNE): Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay. – Bitte.

Wibke Brems (GRÜNE): Ihre Behauptungen beispielsweise zu angeblichem Nichtrückbau wurden ganz klar widerlegt. Das sind alle Aspekte, die vorne und hinten nicht passen.

Auch Ihre Nachfrage, welche Störfälle es bei Windenergieanlagen gegeben habe, zeigt einfach, wie unwissend Sie an dieser Stelle sind. Störfälle kann es bei Windenergieanlagen überhaupt nicht geben.

Das zeigt ganz klar, dass Sie hier nur diffamieren wollen. Mit uns ist das natürlich nicht zu machen.

Zu guter Letzt möchte ich nur noch einmal festhalten – wir haben uns ja schon an vielen unterschiedlichen Stellen über Windenergie auseinandergesetzt; das können wir an anderer Stelle gerne wieder tun –, dass aus unserer Sicht die Windenergie eine wichtige Säule der Energiewende ist, dass aber die aktuellen Anstrengungen aus unserer Sicht dafür absolut nicht ausreichend sind. Die Windenergie ist wichtig, damit wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Deswegen werden wir sie auch weiterhin unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke den Rednern der verschiedenen Fraktionen, die noch einmal die Dringlichkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien unterstrichen und deutlich gemacht haben, dass wir dafür eine hinreichende Akzeptanz in unserer Bevölkerung brauchen, aber auch den hinreichenden Mut, diese Erneuerbaren in aller Breite und mit neuesten Erkenntnissen auch umzusetzen.

Wir haben uns viel vorgenommen mit all dem, was wir in Zukunft nicht mehr technologisch nutzen wollen. Trotzdem wollen wir unsere Energiebedarfe im Interesse der Bevölkerung und unserer Wirtschaft decken. Deswegen brauchen wir die Erneuerbaren. Wir brauchen die Erneuerbaren so umweltfreundlich, so bürgerfreundlich und so effizient wie möglich. Dazu gehört für uns auch die Windkraft in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

Wir haben hier auch einiges zu bieten. Das ist noch einmal deutlich geworden. Ich kann Ihnen aktuelle Zahlen nennen, wie sich der weitere Ausbau gestaltet. Wir haben gesagt, dass wir bis zum Jahr 2030 die Energie aus Wind und Photovoltaik mehr als verdoppeln wollen, was auch dringend notwendig ist, um alternative Energien verfügbar zu halten. Wir sind in den letzten 13 Ausschreibungsrunden bei der Bundesnetzagentur für Windenergie onshore mit 295 erfolgreichen Windanlagen dabei. Das sind 1.093 Megawatt Leistung. Wir haben damit die drittmeisten Zuschläge in ganz Deutschland bekommen. Die gelegentlich gegebenen Hinweise, wir hätten hier mit unserem Regelwerk die Windkraft zu sehr eingeschränkt, sehe ich also in keiner Weise bestätigt – im Gegenteil.

Wir sind auch mit 822 Megawatt registrierten und nicht umgesetzten Genehmigungen bundesweit das Bundesland mit den meisten genehmigten Anlagen. Sie sehen also, dass da noch vieles in Umsetzung befindlich ist.

Nichtsdestotrotz brauchen wir auch weiter verbesserte Rahmenbedingungen. Für diese setzen wir uns ein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Loose?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. – Eben wurde hier bezweifelt, dass Stand-by-Kraftwerke benötigt werden. Sie selber haben immer wieder gesagt, dass ein Kohleersatzbonus erforderlich ist, damit es neue Kraftwerke gibt. Wofür braucht man neue Kraftwerke, wenn die Versorgungssicherheit mit Windrädern doch so toll gesichert ist?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Vielen Dank für Ihre Frage. – Wir haben im vergangenen Jahr eine Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt, die genau darauf eine Antwort gibt.

Wir haben es bei den Erneuerbaren damit zu tun, dass sie ein volatileres, dafür aber CO₂-armes Angebot darstellen. Das ist ein Vorteil und ein Nachteil zugleich. Den Vorteil wollen wir gerne wahrnehmen. Den Nachteil müssen wir ausgleichen.

Wie gleichen wir den Nachteil aus? Zum Ausgleich müssen wir Folgendes tun: Wir müssen entsprechende Speicherkapazitäten aufbauen, wir müssen insgesamt die Nachfrageseite flexibilisieren, und wir müssen unsere Netze intelligenter machen. Alle diese Antworten haben wir in der Energieversorgungsstrategie gegeben.

Wir werden natürlich, wenn wir uns so schnell von Kernenergie und Kohle verabschieden, eine Brücke bauen müssen, bis wir die Erneuerbaren in hinreichender Leistungsfähigkeit aufgebaut haben werden. Deswegen wollen wir ein Drittel der Energieversorgung als Brückentechnologie auf Gas aufbauen, wobei wir das Gas schrittweise von grauem zu blauem zu grünem Gas fortentwickeln wollen.

Insofern haben wir eine klare Antwort darauf gegeben, wie wir auf eine volatilere Angebotsseite entsprechend reagieren können. Daher sehen wir sowohl die Energieversorgungssicherheit – das ist für uns zentral – als auch die Bezahlbarkeit des Energiesystems gewährleistet.

Zwingende Voraussetzung dafür sind der konsequente Ausbau der Netze, weil wir neben onshore auch offshore erneuerbare Energie brauchen, der weitere Ausbau von Speichern und eine intelligentere Gestaltung der Netze.

Alles das ist Teil unserer Energieversorgungsstrategie. Damit schaffen wir die Stimmigkeit zwischen den Erneuerbaren und den anderen Energieformen. – Ich hoffe, damit habe ich die Frage klar beantwortet.

Ich will noch drei Punkte zu dem nennen, was einleitend in dieser Debatte gesagt wurde.

Zum Rückbau der Anlagen: Wir haben klargestellt – Frau Brems hat das dankenswerterweise schon aufgegriffen –, dass es natürlich Rückbauverpflichtungen gibt. Es gibt auch Bürgschaftsverpflichtungen, zum Beispiel für die Betreiber, damit sichergestellt werden kann, dass ein entsprechender Rückbau stattfindet. Das haben wir in der Antwort auf die Große Anfrage deutlich gemacht.

Zum Thema „Störfallregister“: Es gibt keine Aufnahme in die Störfall-Verordnung, weil hier keine Störfälle im Sinne der Störfall-Verordnung zu erwarten sind. Auch das haben wir Ihnen ganz klar mitgeteilt.

Last, not least will ich noch auf Ihre Hinweise zum TÜV eingehen. Technische Anlagen, die innerhalb von Windkraftanlagen zum Einsatz kommen, sind in aller Regel auch TÜV-geprüft. Die Windkraftanlage als Ganzes ist aber eine technische Anlage, die in ganz anderer Weise noch viel umfassenderen Prüfungen unterliegt, auch Genehmigungen sowie wiederkehrenden Prüfungen und Wartungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines können wir auf jeden Fall sagen: Wenn in Deutschland etwas ans Netz geht, dann ist es mindestens TÜV-geprüft und in aller Regel noch darüber hinaus geprüft. Das gilt auch für Windkraftanlagen. Da muss sich niemand Sorgen machen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch viel zu tun. Das müssen wir mit Umsicht tun, mit Maß und Mitte, sollten bei den Menschen aber nicht unbegründet Ängste schüren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ansonsten verfehlen wir die Ziele für die Zukunft unseres Landes. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schliesse die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 9** der Fraktion der AfD damit **erledigt** ist.

Wir kommen zu:

10 Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht versierte fachliche Überprüfung

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8582